



Nachrichten + Informationen + Berichte zu Guatemala

Nr. 641

Mittwoch, 04. Oktober 2017

24. Jahrgang

Inhaltsverzeichnis

Guatemala steht gegen die institutionalisierte Korruption auf.....	1
Die Bevölkerung protestiert im ganzen Land gegen Korruption.....	3
Abstimmung zur Aufhebung der Immunität von Jimmy – 70 dafür, 42 dagegen, 46 nicht da.....	4
Wer ist noch in der Regierung und wer nicht?.....	4
Verteidigungsminister Williams Mansilla scheidet aus dem Amt.....	4
Schützt Kongress erneut Morales?.....	5
Nuevo Horizonte: Eine Kooperative, aufgebaut von ex-Gueriller@s der FAR.....	5
Arnoldo Gálvez Suárez: Die Rache der Mercedes Lima - Eine Buchpräsentation in Wien.....	6

Guatemala steht gegen die institutionalisierte Korruption auf

Der Kampf gegen die Korruption geht weiter. Am 20. September gingen Hunderttausende auf die Strasse. Nicht nur in der Hauptstadt, sondern auch in anderen Regionen des Landes. Zum Beispiel in Sololá – wie Jeff Abbott in einer Reportage für Waging Nonviolence berichtet. Was in der Hauptstadt passierte, wird anschliessend über einen Bericht aus El Periodico erzählt.

Sololá, 21. Sept. - Am Mittwoch, den 20. September gingen Hunderttausende GuatemalteKInnen überall im Land auf die Strasse, um gegen Präsident Jimmy Morales und die Kongressabgeordneten zu protestieren. Sie forderten den Rücktritt des Präsidenten und der Abgeordneten, nachdem neue Korruptionsanschuldigungen bekannt wurden und Anti-Korruptionsgesetzgebung aus dem Jahr 2015 zurückgenommen werden sollten.

“Wir fordern, dass der Präsident und die Mehrheit der Kongressabgeordneten abtreten. Und dass sie Änderungen des Parteiengesetzes beschliessen“, sagte Tomás Solaj, der indigene Bürgermeister von Sololá. “Wir sind jetzt im Vorteil.“ In Guatemala-Stadt haben Studierendengruppen und Organisationen, die sich 2015 während der Korruptionskrise zusammgefunden haben, einen Sternmarsch auf den Zentralplatz durchgeführt, um gegen Präsident und Kongress zu protestieren. In einer Pressemitteilung der Initiative Gerechtigkeit jetzt (Justicia Ya) heisst es an den Präsidenten und seine FreundInnen im Kongress gerichtet: „Wir, das guatemalteKische Volk, haben Ihnen etwas zu sagen. Wir sind hier, wir sehen Euch und wir werden nicht müde, bis unsere Regierung aus den Fängen der machtvollen Gruppen, die sie in ihren Händen hat, befreit ist. Wir GuatemalteKInnen werden nicht länger in Angst verharren. Wir sind bereit, ein friedliches, transparentes und wohlhabendes Guatemala aufzubauen.“

140 Kilometer nordwestlich von der Hauptstadt, im überwiegend indigenen Departement Sololá, haben die indigenen Autoritäten der Landkreise Sololá, San Pedro la Laguna, San Juan la Laguna, Nahualá, Santa Catarina Ixhuatan, San Lucas Tolimán, Panajachel und Santiago Atitlán einen regionalen Protest organisiert, bei dem auch die zur Panamericana gehörende Schnellstrasse beim Verkehrsknotenpunkt Los Encuentros für acht Stunden blockiert wurde.

Und die Proteste haben bereits zu Erfolgen geführt: Die Minister für Arbeit, Finanzen und Inneres sind zurückgetreten. “Wir sind hier, um der politischen Elite zu sagen, dass wir Korruption und Straffreiheit nicht mehr hinnehmen werden. Guatemala verdient eine bessere Zukunft“, rief Julio Héctor Rodríguez Andrade von der Volks- und Sozialversammlung, die während der

Krise 2015 gegründet worden war. „Deren Korruption lässt uns nur arm, ungebildet und ohne Gesundheitsversorgung zurück – und mit zu wenigen Strassen. Sie stehlen alles – und die Mehrheit lebt weiterhin in Armut.“ Die Auswirkungen der Korruption ist vor allem in den indigenen Gemeinden überall im Land zu spüren. Sololá ist eines der Departements mit dem höchsten Anteil an indigener Bevölkerung und zugleich eines der ärmsten. 85,4 % der Bevölkerung lebt laut einem Bericht des UN-Entwicklungsprogramms (UNDP) aus dem Jahr 2016 in Armut, mit mangelndem Zugang zu Bildung und Gesundheitsversorgung. „Die Kongressabgeordneten bringen überhaupt nichts in unsere Gemeinden – ausser wenn sie im Wahlkampf sind“, sagt Checha, die in Los Encuentros wohnt. „Die einzigen Projekte, die sie ausführen, dienen dazu, noch mehr Geld zu waschen. Wir kriegen nichts. Das ist die selbe Korruption, die wir schon unter Otto Pérez Molina hatten. Deshalb stehen wir auf. Wir wollen einen neuen Staat.“ Solaj, der indigene Bürgermeister aus Sololá pflichtet ihr bei: „Wir sind es Leid, dass die Steuereinnahmen von den Kongressabgeordneten gestohlen werden, während wir täglich ums Überleben kämpfen müssen. Die Leute wissen, dass das wahr ist. Wie kann es sein, dass wir im 21. Jahrhundert immer noch von DiebInnen regiert werden? Das geht so nicht.“ (...)

Eine Bewegung organisieren

Die Mobilisierung und Organisation des Protestes hat im Land unterschiedliche Formen angenommen. Zunächst waren die städtischen Sektoren langsamer in ihrem Protest gegen Präsident und Kongress. Aber nachdem der Kongress diese Dekrete am 11. September verabschiedete, gingen sie rasch auf die Strasse. Innerhalb der indigenen Gemeinden haben deren traditionellen Autoritäten eine wichtige Rolle bei der Mobilisierung der BewohnerInnen gespielt. Sie bilden bereits seit Jahrhunderten eine alternative Regierungsform in ihren Gemeinden, deren Strukturen und soziale Organisation auf den vor-spanischen Maya-Gemeinden gründen. „Wir sind in einem steten Kommunikationsfluss mit den 72 GemeindevorsteherInnen, die den 83 Gemeinden im Landkreis Sololá dienen“, sagt Solaj. „Wir halten Versammlungen in den indigenen Landkreisen ab, um Informationen auszutauschen. Wenn wir eine Aktion organisieren müssen, halten wir eine Versammlung ab und dann gehen die GemeindevorsteherInnen zurück und geben die Informationen an ihre Gemeinden weiter.“

Diese Struktur hat zu einer Organisation geführt, die weit über die Stadt Sololá hinausgeht und nun jeden Landkreis im gesamten Departement einschliesst. So wurde das gesamte Departement mehr und mehr durch indigene Autoritäten organisiert. „Das erste Ziel ist es, neue Allianzen mit anderen indigenen Autoritäten im Departement zu schmieden. Wir haben es geschafft, uns mit sieben oder acht anderen Landkreisen zu verbinden“, sagte Solaj. „Das Volk hat Vertrauen in ihre Autoritäten, aber keines in den Kongress.“

Reformen und Rassismus

Die politische Krise von 2015 hat zu verbreiteten Protesten geführt – und zum Rücktritt und Verhaftung des Präsidenten Otto Pérez Molina, seiner Vizepräsidentin Roxana Baldetti und weiteren hochrangigen staatlichen BeamtInnen. Dabei ist die Notwendigkeit sichtbar geworden, dass das Regierungssystem grundlegend reformiert werden muss. Während einige Gruppen eine Verfassungsgebende Versammlung des Volkes forderten, um ein neues Staatswesen zu gründen, haben die Abgeordneten seit Mitte 2016 ein Gesetzespaket debattiert, das das Justizwesen des Landes reformieren soll. Aber diese Versuche sind durch neue Fälle von Korruption, Verschleppung und Rassismus ausgehöhlt worden.

Im November 2016 stand ein Reformpaket zur Debatte, darunter auch das über das Parteiengesetz und die rechtliche Anerkennung der indigenen RichterInnen. (...) Gerade letzteres wurde in der Öffentlichkeit kontrovers diskutiert – zum Teil mit einer offen rassistischen Argumentation. Zudem wurden die indigenen Autoritäten daran gehindert von Sicherheitsleuten daran gehindert, den Kongress zu betreten.

Zu den grössten KritikerInnen der Reform gehörten der Unternehmensverband CACIF, das aus den mächtigsten Familien des Landes besteht. Sie lobbyierte im Februar 2017 gegen das Reformpaket, woraufhin die indigenen Autoritäten im März 2017 eine Pressekonferenz in der Hauptstadt veranstalteten und ihren Wunsch nach einer Reform des Artikels 203 des Reformgesetzes zurückzuziehen. Damit könnten sie die Reform als Ganzes retten. Das half freilich in der Sache nichts: die Verabschiedung des Reformpakets stockte weiter. Daraufhin verkündeten die indigenen Autoritäten am 23. März, dass sie den Kongress als solchen nicht mehr anerkennen: „Wir distanzieren uns vom Kongress, weil wir schon immer seine mangelnde Legitimität herausgestellt haben und weil wir heute sehen, dass er sich den tatsächlich Mächtigen unterordnet“, schrieben die RepräsentantInnen der indigenen Gemeinden. „Deshalb rufen wir alle sozialen und demokratischen Kräfte Guatemalas auf, einen Prozess der Reinigung der staatlichen Institutionen zu fordern, welche von einer korrupten und mafia-ähnlichen Clique aus Business und Militär kooptiert worden sind.“

Saloj verweist darauf, dass der wichtigste Punkt sei, dass die Kongressabgeordneten nicht einmal den Gesetzen gehorchen, von denen sie selbst sprechen. Die Mächtigen im Staat respektieren ihre eigenen Gesetze nicht, aber wir respektieren die unsrigen in unseren Gemeinden.“ Und er schliesst: „Wir haben gemerkt, dass wir den DiebInnen gegenüber sitzen, deshalb fordern wir die Reinigung des Kongresses.“

(Jeff Abbott , erschienen am 26. September in Waging Nonviolence)

Die Bevölkerung protestiert im ganzen Land gegen Korruption

Guatemala, 21. Sept. - Es wurde Abend auf der Plaza de la Constitución und die DemonstrantInnen trotzten weiter an diesem Mittwoch dem Regen und schrien ihren Frust über den Regierungschef, die 107 Abgeordneten, die für die Dekrete stimmten, die die Straffreiheit verteidigt hätten, heraus. Und sie riefen zum Kampf gegen die Korruption.

„Hier sind deine 20 Tweets“, so heisst eine Parole, die sie wiederholen. Und auf den Plakaten der DemonstrantInnen sind Anspielungen auf die Erklärungen des Fraktionschefs der Regierungspartei FCN-Nación, Javier Hernández Franco, zu lesen. Dieser war einer, der für die Dekrete stimmte, die sie hier „Pakt der Straffreiheit“ nennen. Er sagte vergangenen Dienstag, dass er nicht damit einverstanden sei, die Diskussion über das Ermittlungsverfahren gegen den Präsidenten wieder aufzunehmen, weil „er nicht Leuten Beachtung schenken wolle, die vielleicht 20 Tweets verschicken und 200 Follower haben“.

Die DemonstrantInnen antworten den 107 Abgeordneten und Jimmy Morales durch ihre Präsenz auf dem Platz. Über viele Stunden waren lange Reihen von Studierenden verschiedener Universitäten, Leute aus sozialen Bewegungen, LandarbeiterInnen, Jugendlichen, SchülerInnen, ArbeiterInnen aus Klein- und Familienbetrieben zu sehen.

„Ich bin war heute sehr früh arbeiten und jetzt bin ich hier, um gegen diese korrupte Regierung zu demonstrieren“, sagte einer abends auf dem Platz. Vor 13.00 hatte es der Zug der Studierenden, der sich ab 9.25 vom Campus der Universität San Carlos in Bewegung setzte, nicht geschafft auf den Platz vor dem Nationalpalast vorzudringen. Der Platz war voll. Die Studierenden der USAC vereinten sich mit denen der Universität Rafael Landívar und der Universität del Valle vor dem Rathaus der Hauptstadt. Die Tore des Kongresses schlossen sich, als der friedliche Marsch vorbeizog. Schon seit früh wurde eine Podium vor dem Haupteingang aufgebaut, auf dem verschiedene Organisationen den Rücktritt von Morales und den 107 Abgeordneten, die der – später gekippten - Reform des Strafrechts zustimmten, forderten. (...). Inmitten von ihnen erschien der Ombudsmann für Menschenrechte (PDH), Jordán Rodas, der die Demonstration positiv würdigte. „Das ist ein friedlicher Protest, der die Stimmung über die Lage des Landes zum Ausdruck bringt“, sagte Rodas, der an allen Orten, an denen etwas los war – den Universitäten, der Plaza de la Constitución oder der Avenida Bolívar anzutreffen war.

Studierende, Familienväter und -mütter und DozentInnen des Lyzeums Javier, der Stiftung Glaube und Freude, der LehrerInnengewerkschaft von Chimaltenango und Einzelpersonen kamen am Treffpunkt vor dem Kongress zusammen, wo erneut die Rücktritte von Morales und den Abgeordneten gefordert wurden – und die sie aufforderten, dass sie die Reformen des Wahlgesetzes und des Parteiengesetzes endlich anerkennen. Einige Familien nahmen mit ihren Kindern an der Demo teil, die bereits sehr früh am Morgen begann. Die BetreiberInnen der Supermärkte in der Umgebung des Kongresses öffneten zwar ihre Geschäfte, äusserten jedoch ebenso ihre Ablehnung gegenüber Morales und den Abgeordneten. Franziskanermönche, ArbeitnehmerInnen von Privatunternehmen vereinten sich mit Plakaten und Bannern in den Händen zum friedlichen Marsch, der bei Redaktionsschluss noch andauerte.

Um 6:35 begannen tausende Studierende von verschiedenen regionalen Niederlassungen der USAC aus sich an deren Hauptsitz in Zone 12 zu versammeln. Um 8.00 rief der Rektor der USAC, Carlos Alvarado aus, dass zum ersten Mal in der Geschichte des Landes 90% der USAC-Studierenden versammelt seien. „Das ist ein Fest der BürgerInnen, die eine Veränderung der politischen Klasse verlangen. Heute demonstrieren wir dafür, dass das Volk einig ist und wir kämpfen für die Rechte der GuatemaltekenInnen“, sagte er.

Um 9:25 begann die Wegstrecke der – nach Angaben der USAC - 100.000 Studierenden. Sie liefen friedlich die Avenida Petapa bis zum Trébol. Dort trafen sie auf Hunderte Nachbarn, die sie mit Wasser versorgten, Fahnen schwenkten und ihre Ablehnung gegenüber dem Versuch von Morales kundtaten, Iván Velásquez als Leiter der CICIG des Landes zu verweisen. „Wir sind Jugendliche, Kinder, Erwachsene und SeniorInnen und sagen, dass wir genug haben von korrupten Regierungen, vor allem wenn sie uns weiss machen wollen, sie seien weder korrupt noch Diebe. Oder uns glauben lassen wollen, dass wir nur aus 20 Tweets mit 200 Fake-Followern bestehen“, sagt Lenina García, Präsidentin der Vereinigung der Universitätsstudierenden (AEU). Gegen Mittag schien der Platz bereits voll zu sein, obwohl die DemonstrantInnen der USAC noch gar nicht angekommen waren.

Bereits um 6:00 waren die VertreterInnen der CODECA am Trébol, um ihrerseits über den Periférico und die Avenida Elena zur Plaza de la Constitución zu kommen. Der Zug der CODECA wurde die ganze Zeit von Brettern mit Nägeln begleitet, die von den letzten DemonstrantInnen des Blocks geschleppt wurden. Nach Ansicht der LandarbeiterInnen war dies ein Mittel zum Schutz vor AutofahrerInnen, die den Protestzug nicht respektieren, und um zu verhindern, dass wieder so etwas passiert, wie man es bei Jabes Meda gesehen hat, der sich in Haft befindet und dem Mord an Studierenden vorgeworfen wird. Die Campesinos spazierten bis zum Platz, wo sie auf eine Gruppe warteten, die von der Strasse Richtung Atlantik stammten. Hier begannen die ersten Rufe gegen die Abgeordneten und Präsident Jimmy Morales, denen sie Korruption vorwarfen. Während CODECA protestierte, füllte sich die Plaza de la Constitución mit ganzen Familien, Freundeskreisen und BürgerInnen, die der aktuellen Lage im Land überdrüssig sind.

Laut des PDH haben am vergangenen 20. September 215. 210 Personen an 27 Orten an den Protesten teilgenommen. Die meisten gab es im Departement Guatemala, wo 125.000 Teilnehmende gezählt wurden.

Die Studierenden der Instituts für Politikwissenschaft an der USAC erklärten die Abgeordneten Óscar Argueta (UNE), und Eva Monte Bac (AC), beide Lehrbeauftragte dieses Instituts, zu „unerwünschten Personen“. Die Verantwortlichen des Instituts bestätigten die Entlassung von Argueta und Monte Bac und begründeten dies damit, dass sie Dekreten zugestimmt hatten, die die Straffreiheit fördern. (EP)

Abstimmung zur Aufhebung der Immunität von Jimmy – 70 dafür, 42 dagegen, 46 nicht da

Guatemala, 22. Sept - Im guatemaltekischen Kongress fand eine erneute Abstimmung über die Aufhebung der Immunität von Präsident Jimmy Morales statt. Erneut ging es um die 800.000 Dollar, die im Finanzbericht der Regierungspartei nicht gesetzesgemäss ausgewiesen waren. 70 Abgeordnete (neben den Abgeordneten links von der Mitte, auch 21 Abgeordnete rechts von der Mitte, darunter auch fünf von der Regierungspartei !) votierten diesmal für die Aufhebung. Gegen die Aufhebung stimmten 16 FCN-Nacion-, 6 TODOS-, 6 MR-, 4 UCN-, 3 PAN-, 3 VIVA-, 2 CREO-, der PU-Abgeordnete und ein Unabhängiger, also insgesamt 42 Abgeordnete. 31 fehlten entschuldigt und 15 unentschuldigt. Gegen die 107 Abgeordneten, die für die vom Verfassungsgericht einkassierte Änderung des Strafrechts in Sachen Wahlkampffinanzierung wurde von politischen AktivistInnen die Einleitung eines Ermittlungsverfahrens beantragt.

Wer ist noch in der Regierung und wer nicht?

Guatemala, 2. Oktober – Arbeitsministerin Leticia Teleguario, Innenminister Francisco Rivas und Finanzminister Julio Héctor Estrada drei Minister haben am 20. September ihren Rücktritt von ihren Ämtern zurückgetreten, diese wurden freilich von Präsident Jimmy Morales nicht angenommen, sodass sie an der Kabinettsitzung teilnehmen mussten. Als Begründung hatten sie erklärt, dass sie keinen Spielraum mehr sähen, um ihre Arbeit effektiv zu bewältigen.

Die drei Staatssekretäre im Finanzministerium - Víctor Martínez, Lionel López und Carmen Abril – traten ebenso zurück wie deren AmtskollegInnen im Innenministerium, Vilma del Rosario Xicarà Tahay, Ricardo Aníbal Guzmán Loyo und Óscar Miguel Dávila Mejicanos. Für all diese gibt es offenbar noch keinerlei NachfolgerInnen in den Ministerien. Laut einem Bericht des El Periodico war der Einfluss des kommissarischen Finanzministers Julio Estrada auf Jimmy Morales in vielerlei Hinsicht erkennbar. Morales nannte ihn „Harry Potter der Finanzen“ und die AnalystInnen sagten von ihm, er sei einer, der dem Präsidenten am nächsten stünde und der zu den politischen Strategien der letzten Wochen einiges beigetragen habe. Was der Minister jedoch bestreitet.

Auch bei Estrada gibt es eine Verbindung zwischen Exekutive und Privatsektor, da er aus einer Familie aus dem Bauwesen und der Exportbranche stammt. Die Übernahme des Finanzministeriums und des Vorstandsvorsitzes in der Steuerbehörde (SAT) passten zu den von ihm in Gang gesetzten Reformen, die diese Behörde unterstützte.

Die Diskussion um den Haushalt 2018, dessen Entwurf seit einigen Wochen im Kongress vorliegt, sollte einen Beitrag zur Lösung der Krise leisten, die sich aus den Vorkommnissen im Kongress in der letzten Woche ergeben hatte. Diese Probleme muss nun eine neue Führungsriege im Finanzministerium lösen. Der Vorschlag von Estrada beinhaltet eine Zunahme der Ausgaben für das Verkehrsministerium um das Strassennetz zu verbessern. Das Defizit werde von 1,9 % auf 2,6 % des BIP steigen. Nach Ansicht von Estrada sei dies hinnehmbar und erlaube eine Erhöhung öffentlicher Investitionen. Den Entwurf einer anderen Person, der Mittel in Höhe von 87,9 Mrd. Quetzales umfasst, gegenüber dem Kongress zu verteidigen und bis zum 30. November verabschieden zu lassen, wird eine schwierige Aufgabe für den oder die neue SchatzmeisterIn sein.

Für den ex-Finanzminister Juan Alberto Fuentes Knight bedeutet der Rücktritt insbesondere des Finanzministers, aber auch der anderen beiden Minister, dass die politische Krise die Wirtschaft kontaminieren werde. Estrada habe Verlässlichkeit gegenüber der internationalen Gemeinschaft repräsentiert – und dass in Zeiten, in denen die grossen Ratingagenturen Guatemala immer schlechtere Kreditwürdigkeit bescheinigten.

Der Innenminister Rivas wurde verbunden mit einer Verminderung der Gewaltakte und die Grossoperationen gegen MenschenhändlerInnen. Es wird befürchtet, dass der oder die NachfolgerIn diese positive Entwicklung nicht mehr werde halten könne.

Für den oder die NachfolgerIn der Arbeitsministerin Leticia Teleguario geht es vor allem um die Umsetzung des Artikels 169 der Konvention für die Rechte der indigenen Völker der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) und um Gewerkschaftsrechte. . (PL, EP, LH)

Verteidigungsminister Williams Mansilla scheidet aus dem Amt

Guatemala, 27. Sept. - Für den ausscheidenden Verteidigungsminister Williams Mansilla gibt es einen Nachfolger, den ex-Brigadegeneral und Rechtsanwalt Luis Miguel Ralda Moreno. Er hat 31 Jahre lang im Militär gedient und gehört zum Abschlussjahrgang 107 aus dem Jahr 1986 der Polytechnischen Schule. Zuletzt leitete er die Strassenausbesserungsarbeiten, für die die Streitkräfte verantwortlich waren. Mansilla war offiziell aus dem Amt geschieden, da er nun 33 Jahre bei den Streitkräften diente und damit seine Pflicht beendet sei. Er war bereits von Otto Perez Molina eingesetzt worden und von Morales übernommen worden. Zuvor war er Leiter der PräsidentInnengarde.

Mansilla war wegen der Bonuszahlungen seines Ministeriums an Präsident Jimmy Morales in die Kritik geraten. Die GAM hatte ihn und den Präsidenten bei der Staatsanwaltschaft (MP) angezeigt. Mansilla versuchte dem Militär gesellschaftlichen Einfluss und Achtung zu verschaffen, indem er in den ländlichen Gebieten Strassen ausbessern liess, Ziegel zum Hausbau herstellte etc. [Da ist die Wahl von Ralda Moreno, der diese Bauarbeiten leitete, konsequent, d.Red.] (PL)

Schützt Kongress erneut Morales?

Guatemala, 28. Sept – Nachdem gestern die Staatsanwaltschaft (MP) ein neues Ermittlungsverfahren gegen Präsident Jimmy Morales verkündet hatte, da dieser 50.000 Quetzales als Bonuszahlung vom Verteidigungsministerium erhalten habe, könnte das politische Schicksal des Präsidenten abermals in der Hand der Kongressabgeordneten liegen. Mario Polanco von der Gruppe für gegenseitige Hilfe (GAM) sagte, dass der Kongress ihn im ersten Verfahren geschützt habe und versucht habe, sich selbst zu schützen. Nun aber gingen die Argumente aus, um ihn ein weiteres Mal zu schützen.

„Es ist ein unmoralischer Akt. Ich weiss nicht, wie sie da argumentieren können. Aber im Kongress kann ja alles passieren“, sagte der Leiter der GAM, eine der Organisationen, die den Präsidenten wegen des Geldes aus dem Verteidigungsministerium angezeigt hatten.

Ramón Cadena von der Internationalen Kommission der JuristInnen ist der Ansicht, dass es viele Möglichkeiten gäbe, wie der Kongress tatsächlich die Immunität des Präsidenten aufheben könne. Da der Kongress jedoch von kriminellen Strukturen kontrolliert würden, die auf Seiten von Morales stehen, könnte sich das Bild ändern.

Aus Sicht von Javier Zepeda, Exekutivdirektor der Industrie- und Handelskammer Guatemalas müsse der Verfahrensvorgang respektiert werden und daher sei es nicht der Moment, dass der Präsident von seinem Amt zurücktrete.

„Zu diesem Zeitpunkt solle er es nicht tun, bis er schuldig gesprochen worden ist oder es noch mehr Beweise dafür gibt, dass er Rechtsbrüche begangen hat. Wir glauben, dass das im Moment noch nicht der Fall ist“, sagte Zepeda (LH)

Nuevo Horizonte: Eine Kooperative, aufgebaut von ex-Gueriller@s der FAR

Von Frauke Siedenburg (Friedensfachkraft bei der Sozialpastoral im Petén (s. <http://psvap.org/>) & ¡Fijáte!-Abonnetin)

In der Nähe von St. Ana im Petén, 38 km von Flores entfernt, befindet sich die Kooperative “Nuevo Horizonte”, die vor 19 Jahren von ehemaligen Guerilleros der Bewaffneten Rebellenkräfte (FAR, Fuerzas Armadas Rebeldes) aufgebaut wurde. Das Land, das ihnen zugewiesen wurde und auch bezahlt werden musste, war zu Beginn trostlos. Kein Wasser, keine Unterkünfte, keine Finanzmittel. Aber mit der Hilfe aus dem Ausland und sehr viel eigener Disziplin haben sie im Laufe der Zeit eine imponierende Kooperative entstehen lassen. Es ist mehr als das: Sie arbeiten zusammen und lassen dadurch sehr viel mehr entstehen, als es den individuell handelnden Bauern der Umgebung möglich ist. Heute leben dort 475 Personen auf ungefähr 900 ha Land.

Was sie verbindet, sind ihre Erfahrungen aus dem bewaffneten Konflikt, die Erfahrung des gemeinsamen Handelns und ein hoher Grad an Organisiertheit. Frauen haben damals mitgekämpft und in der Kooperative haben sie einen ganz anderen Stand als die Frauen gemeinhin auf dem Land, wo der machismo noch sehr dominant ist. Gemeinsam haben sie eine Kombination aus Land- und Viehwirtschaft, Fischzucht, aber auch Gastronomie mit einem kleinen Hotel aufgebaut. Sie bieten Wanderungen an, erzählen von der Zeit des bewaffneten Kampfes und der heutigen Situation. Man kann dort eine Weile leben und auch Spanisch lernen (siehe <http://spanishschoolcnh.wixsite.com/corazondemaria/home>).

Es gibt dort ein Museum, das mit Fotos und anderen Erinnerungstücken von der Zeit in der FAR erzählt. Auch wenn sich in Guatemala an den Machtverhältnissen nicht sonderlich viel verändert hat, hier entstand im Kleinen eine andere Welt mit anderen Werten.

Die grosse Veränderung blieb aus? Die Elite von damals ist die Elite von heute. Die jetzige Regierungskrise zeigt allerdings zwei Dinge: die Mehrzahl der Abgeordneten des Parlaments entstammen der Elite oder sind korrupt. Der Präsident ist, wie schon seine Vorgänger korrupt und hat enge Beziehungen zum Militär. Er rühmt sich armen Verhältnissen zu entstammen. Das ändert nichts daran, dass er sich in nichts von seinen Vorgängern unterscheidet. Die andere Seite der Regierungskrise aber zeigt, dass die Menschen auf die Strasse gehen. Nicht nur in der Stadt, sondern auch auf dem Land. Insgesamt sollen ca. 125.000 Menschen am 20.09. in Guatemala Stadt und 80.000 auf dem Land gegen Korruption und Straffreiheit demonstriert haben.

Auf meine Frage in der Kooperative Nuevo Horizonte, ob sich der Kampf der FAR, der anderen Bewegungen innerhalb der URNG, der Basisorganisationen gelohnt habe, wurde mir geantwortet: Ja, sicher. Vor dem bewaffneten Konflikt gab es dieses Selbstbewusstsein nicht. Die Menschen traten nicht für ihre Rechte ein. Die Politik war die Politik der reichen Elite und des Militärs. Der Friedensvertrag war fundamental für die Bewegungen, die wir heute sehen. Sicher gab es Enttäuschungen, auch hinsichtlich des politischen Verhaltens einiger VertreterInnen der URNG nach dem Friedensvertrag, aber es gibt in Guatemala und den Nachbarstaaten Initiativen, die dennoch einen anderen Weg gehen. Die Menschen haben ihre Angst verloren. Dies wurde mir auch von anderen Ex-KombatantInnen so gesagt.

Ein Besuch in dieser Kooperative zeigte mir, wie Veränderung im Kleinen geschehen kann. Schon wenn man die Kooperative betritt, ist da was anders. Es wirkt alles irgendwie einladend. Sie beteiligen sich an Fortbildungen in anderen Kooperativen oder Bauernverbänden und wirken auf diese Weise. Nach wie vor geht es ihnen darum ein Leben aufzubauen, das genug Einkommen schafft, um ein Leben in Würde führen zu können.

Wer mehr wissen will, findet die Kooperative auf ihrer Website: <http://coopnuevohorizonte.org/>. Es lohnt sich für Reisende in Guatemala mal vorbeizuschauen. Die Mitglieder der Kooperative würden sich auch über elektronische Post freuen. Ihre Email Anschrift ist: nuevohorizontegt@hotmail.com.

Arnoldo Gálvez Suárez: Die Rache der Mercedes Lima - Eine Buchpräsentation in Wien

Wien, 23. Sept - Kaum war „Die Rache der Mercedes Lima“ als erster ins Deutsche übersetzter Roman des 1982 in Guatemala Stadt geborenen Autors erschienen, begaben sich Arnoldo Gálvez Suárez und Lutz Kliche, der Übersetzer, auch schon auf Lesereise durch Deutschland und, abschliessend, Österreich, konkret Wien. Am 23. September wurde das Buch im C3, dem Sitz mehrerer entwicklungspolitischer Organisationen, präsentiert. Ilija Trojanow, Herausgeber der Reihe Weltlese, komplettierte das Podium als Gesprächspartner des Autors.

„Der Roman hat mich umgehauen“, zeigte sich Trojanow beeindruckt und hob den meisterhaften Wechsel zwischen verschiedenen zeitlichen Ebenen sowie zwischen Persönlichem und Politischem hervor. Gálvez fand dafür das Bild einer Kreuzung, wobei eine Strasse Vergangenheit und Gegenwart darstellt, während die andere vom Persönlichen zum Politischen führt. Ob er das Schreiben über die Vergangenheit auch als politischen Akt sehe, wollte Trojanow wissen. Nach den Friedensabkommen habe es, so Gálvez, ein grosses Bedürfnis gegeben, sich mit der Vergangenheit auseinanderzusetzen und viele Publikationen seien darüber erschienen. Wie viele seiner Generation habe das auch für ihn eine grosse Rolle gespielt. Wenn auch der Roman mehr Gewicht auf das Poetische lege, würde er es begrüssen, sollte die Lektüre zu einer weitergehenden Debatte anregen.

Schon zu Beginn des Schreibens sei ihm der Inhalt klar gewesen, die Geschichte eines Sohnes, der nach und nach die Hintergründe der Ermordung seines Vaters während des bewaffneten Konflikts herausfindet. Er habe sich durch Lektüre und in Gesprächen mit der Geschichte Guatemalas befasst, doch sei es ihm nicht um Geschichtsschreibung gegangen. Er wollte keinen historischen Roman schreiben, sondern „diese Geschichte und keine andere“. Der Roman sei nicht autobiografisch, wolle aber u.a. ein Portrait der Stadt Guatemala liefern.

Ob es gefährlich sei, in Guatemala Journalist zu sein, wurde aus dem 30-köpfigen Publikum gefragt. Dazu Gálvez: Der Friedensprozess habe den Spielraum für Meinungsfreiheit erweitert, JournalistInnen würden nicht systematisch zum Schweigen gebracht. Allerdings gebe es – wie etwa auch in Mexiko oder Honduras – gefährliche Themen, z.B. das organisierte Verbrechen. Den Staat selbst könne man nicht als Teil des organisierten Verbrechens bezeichnen, doch gebe es kriminelle Gruppen, die als Bindeglieder zwischen beiden funktionieren und staatliche Strukturen teilweise unterwandert haben. Präsident Jimmy Morales sei nicht in erster Linie als rechtsextrem zu charakterisieren, sondern vor allem als korrupt.

Persönlich sei er nicht vom Widerstand jener Interessengruppen, die an einer Aufarbeitung der Geschichte nicht interessiert seien, betroffen. Das liege vermutlich daran, dass die Elite keine Bücher lese. Nach Argentinien sei Guatemala das Land Lateinamerikas mit den meisten Verfahren gegen die für Verbrechen während der Diktatur Verantwortlichen, mit dem Genozidprozess gegen Ríos Montt im Jahr 2013 als herausragendes Beispiel. Auch wenn juristische Tricks zur Aufhebung des Urteils geführt haben, „kann uns niemand die Erfahrung der Zeugenaussagen der Ixil-Frauen nehmen“. Abschließend sprach Ilija Trojanow, auf den Roman zurückkommend, den auch von Lutz Kliche geteilten Eindruck an, die Personen handelten weniger, als dass sie – wie in einer griechischen Tragödie – ihrem Schicksal nicht enttrinnen können. Arnoldo Gálvez stimmt zu, zwischen Vergangenheit und Gegenwart gebe es keinen Bruch, sondern ein Kontinuum, die Personen handeln in einem durch den historischen Prozess vorgegebenen und nur schwer veränderbaren Rahmen. Schliesslich kam auch noch der herrschende strukturelle Rassismus des Staates zur Sprache, aber auch die Fähigkeit der Maya-Bevölkerung, Widerstand zu leisten und ihre Kultur (die auch in vielen Büchern in Maya-Sprachen ihren Niederschlag findet) zu bewahren. (Hermann Klosius, Österreichische Guatemala-Solidarität)

Verlag: Edition Büchergilde GmbH, Frankfurt am Main, 25,- Euro (Originalausgabe: „Puente adentro“, 2015)

¡Fijáte!

<http://fijate.guatemala.de>

vierzehntägiger e-Mail Nachrichtendienst zu Guatemala in deutscher Sprache

Redaktion:

Wiebke Schramm – wibsc@gmail.com

Stephan Brües – stephan.bruees@arcor.de

Jetzt auch auf Facebook: www.facebook.com/fijateMagazin

Weiterverbreitung der Informationen mit Quellenangabe ausdrücklich erwünscht!

Herausgeber: Verein ¡Fijáte!, registriert in CH-2502 Biel

c/o Barbara Müller, Ankerstr. 16, CH-8004 Zürich

Abo-Verwaltung: fijate@mail.de

Abo in Deutschland und Österreich: Jahresabonnent: 50 €, Solidaritätsabonnement: 100 €

Abo in der Schweiz: Jahresabonnement 85.-CHF

Achtung: Konto-Nr. für alle AbonnentInnen:

IBAN: CH3809000000305160686, BIC (SWIFT): POFICHBEXXX Postfinance AG Bern, PC: 30-516068-6